

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes richtete Frau Bergmann-Gries an die CDU-Fraktion die Frage, ob der Antrag unter Tagesordnungspunkt 3 in diesem Tagesordnungspunkt mit abgehandelt werden sollte. Dies wurde durch Herrn Lienesch als Sprecher der Fraktion bejaht.

In einem kurzen Abriss stellte Herr Gleiß die Intention der Verwaltung zu der Sitzungsvorlage und deren Werdegang ergänzend mündlich dar.

Aufgrund der Nachfragen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führte Herr Moeck aus, dass das Bauprojekt „Am Bauhof“ im Zeitplan liege. Weiter erläuterte er, dass sich das Gebäudemanagement seinerzeit die betreffenden Gebäude „Ziegelei“ unter einer völlig anderen Grundlage / Prämisse angesehen habe. Dem Gebäudemanagement standen damals nur sehr begrenzte Haushaltsmittel zur Verfügung, um die Gebäude für die Bewohner ein wenig herzurichten, da sie schon relativ alt seien. Die ursprüngliche Idee waren nur „Schönheitsreparaturen“ und kein Substanzerhalt.

Ende April diesen Jahres erfolgte durch die Landesregierung die Zusage, dass die Stadt eine Zuweisung erhalten würde. Die grundsätzliche Zuweisung der Landesregierung in Höhe von 1.2 Millionen Euro erfolgte für die Errichtung von Unterkünften für Geflüchtete aufgrund des russischen Angriffskrieges.

Aufgrund dessen sei die Entscheidung getroffen worden, dass die Stadt deutlich mehr Geld für die Ziegelei einsetzen könnte, als ursprünglich geplant und daher die Bausubstanz nochmals einer genaueren / eingehenden Prüfung unterzogen wurde. Als Ergebnis sei festzuhalten, dass aufgrund der schlechten Bausubstanz eine Sanierung ein nicht planbarer und risikohaftes Vorgang werden würde, weil nicht abzuschätzen sei, was passieren könnte und was nicht. Wahrscheinlich wäre als Ergebnis herausgekommen, wir müssen die Gebäude abreißen, weil jedes notwendige Gewerk sehr, sehr tief in die vorhandene Substanz hätte eingreifen müssen.

Daher sei die Entscheidung gefällt worden, die Sache neu zu denken, die Zuweisung zu nehmen und ein neues, qualitativ hochwertiges Gebäude zu bauen, für die Zwecke, die wir gedenken dort herzustellen. Das vor allem vor dem Hintergrund, dass die Zuweisung an die Bedingung geknüpft ist, den gesamten Auftrag bis Ende des Jahres zu beauftragen.

Daher auch die Ausschreibungsidee, das Eine oder Andere offen zu lassen, damit so viele Bieter wie möglich ein Angebot abgeben. Egal ob es sich um Stein-, Holz-, Metall- oder gemischte Module oder was auch immer handelt. Dies sei relativ gleichgültig für den Zweck.

Es würde bei allem was dort gebaut wird, wie bereits gesagt, die Energieversorgung definiert, dass ein Gründach da hin kommt sei sowieso klar. Ebenso sei klar, dass energetisch wie eben möglich, bei allen Komponenten alles klargestellt würde.

Der Idealzustand wäre, wenn ein Anbieter ein Holzmodul anbieten würde, welches alle ökologischen und energetischen Grundlagen erfüllen würde, welche wir haben wollten. Ob man dies erhalte, sei eine andere Frage.

Daher wurden solche Dinge bewusst offen gelassen, um den Auftrag noch bis Ende des Jahres erteilen zu können.

Die Verwaltung sagte diesbezüglich zu, dass in der sich anschließenden Sitzung des Gebäude- und Bewirtschaftungsausschusses die Anforderungen an die Bauweise sowie die ökologischen und energieeffizienten Aspekte konkretisiert und beschlossen würden.

Die weiteren Nach- und Verständnisfragen der Ausschussmitglieder wurden von Herr Gleß, Herrn Dr. Eßer, Frau Kusserow und Herrn Moeck eingehend beantwortet.

In der Aussprache zog Herr Lienesch für die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion zu Ihrem Antrag unter 2.) zurück und stellte den Geschäftsordnungsantrag über die Beschlussvorschläge unter 1.) und 3.) abstimmen zu lassen.

Nach eingehender und intensiver Diskussion sowie der Zusage von Herrn Dr. Eßer, dass die Verwaltung eine Bürgerinformationsveranstaltung für die angrenzenden Nachbarinnen und Nachbarn durchführen wird und dem Hinweis, dass unter Tagesordnungspunkt 5 der kommenden Ausschusssitzung am 14.09.2023 das Thema „sozialpädagogische Unterstützung von obdachlosen Personen in den städtischen Unterkünften“ behandelt wird, fasste der Ausschuss unter Abänderung des verwaltungsseitigen Beschlussvorschlages folgende Beschlüsse:

- 1.) Der Beschlussvorschlag der CDU-Antrags „die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Sozialberatung der Stadt Sankt Augustin nach Bezug des Neubaus die Bewohnerinnen und Bewohner beratend und betreuend begleiten kann“, wird auf die kommende Sitzung vertagt;
- 2.) Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration stimmt der Planung und Umsetzung des vorgeschlagenen Abrisses und Neubaus des Übergangsheims am Standort „An der Ziegelei 11-15“ mit maximal 50 Plätzen für wohnungslose Familien in Container- bzw. Modulbauweise, mit der Maßgabe, einer von der Stadtverwaltung noch durchzuführenden, geeignete Bürgerinformation für die angrenzenden Nachbarinnen und Nachbarn zu.